

11. November 2019

# Änderungsantrag

der Fraktion der CDU  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion der FWG und  
der Fraktion der FDP

## Gemeinsame Resolution der Fraktionen im Rat der Gemeinde Augustdorf

### Sachdarstellung:

Augustdorf ist innerhalb des Lipperlandes ein ganz besonderes Fleckchen. Mit durchschnittlich 38,7 Jahren sind wir die jüngste Kommune in NRW, unsere Geburtenrate ist die zweithöchste in NRW, bis 2040 soll unsere Bevölkerung um 8,6 % steigen, aber mit einer geschätzten Kaufkraft von rund 17.900 Euro pro Einwohner sind wir auch eine der ärmsten Gemeinden des Landes NRW.

Von lediglich 4.218 ha Gemeindegebiet bleiben nur 669 ha für Siedlungs- und Verkehrsflächen, das sind lediglich 15,9%. Grund dafür ist zum einen die schützenswerte und einzigartige Landschaft aus Senne und Teutoburger Wald, aber zum anderen auch rund 2.557 ha (rund 60%), die militärisch genutzt werden. Hierunter fällt zum Großteil auch der Truppenübungsplatz Senne, der unter britischer Verwaltung steht.

Wir sind stolz, dass eine der größten Heereskasernen der Bundeswehr ein Teil der Gemeinde ist. Mit rund 250 Bediensteten und 35 Auszubildenden ist das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum nicht nur einer der größten Arbeitgeber, sondern auch der mit Abstand größte Ausbildungsbetrieb. Hierfür sind wir der Bundeswehr und der Bundesrepublik sehr dankbar.

Insgesamt sind rund 75% des Gemeindegebietes Naturschutzgebiete von europäischem Rang (FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete). Besonders die Senne bietet vielen – andernorts zum Teil bedrohten Tierarten – eine Heimat.

Seit über zehn Jahren schafft es die Gemeinde nicht, aus der Haushaltssicherung zu kommen. Im Jahr 2010 befand sich die Gemeinde schon einmal in einem Nothaushalt.

Anfang August haben wir die Mitteilung erhalten, dass wir nach Entwürfen der Landesregierung rund 1 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen erhalten, als bisher angenommen. Dies entspricht über fünf Prozent unseres Gemeindehaushaltes.

Unter diesen Umständen ist ein Haushaltsausgleich bis 2021 oder 2022 nicht möglich. Als Konsequenz werden wir uns – vielleicht bereits ab 2020 – wieder in einem Nothaushalt befinden. Es ist zu befürchten, dass dann auch noch die letzten freiwilligen Leistungen der Gemeinde eingespart werden.

Die Augustdorferinnen und Augustdorfer sind zurecht unzufrieden mit der Situation. Eine umfassende Jugendarbeit ist nicht möglich, die finanzielle Unterstützung des Sportes, der Kultur und anderer Bereiche nur schwierig möglich und auch fehlt es an Freizeitmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten und -gruppen.

Die Resolution des Rates der Gemeinde Augustdorf ist an folgende Personen mit der Bitte um ein persönliches Gespräch mit Vertretern aller Fraktionen zu senden:

- Bundeskanzlerin Angela Merkel
- Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble
- Ministerpräsident Armin Laschet
- Landtagspräsident André Kuper
- Bundestagsabgeordneter Christian Haase
- Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer
- Bundestagsabgeordneter Christian Sauter

**Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Augustdorf fordert den Bundestag und die Bundesregierung sowie den Landtag NRW und die Landesregierung NRW auf, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Gemeindefinanzen durchzuführen, um damit der besonderen und einzigartigen Struktur der Gemeinde Augustdorf gerecht zu werden.

Unsere Gemeinde Augustdorf zeichnet sich unter anderem durch die große Zahl an Kindern und kinderreichen Familien aus. Zum anderen steht ein Großteil der vergleichsweise kleinen Gemeindefläche entweder unter Naturschutz oder wird durch die Bundeswehr bzw. durch die britischen Streitkräfte genutzt. Diese Besonderheiten dürfen kein Armutsrisiko für Familien und die Gemeinde darstellen.

Der Gemeinderat hält es für sozial nicht vertretbar, eine der im Durchschnitt einkommensschwächsten Einwohnerschaften des Bundeslandes NRW immer stärker durch Steuer- und Gebührenerhöhungen zu belasten, um dadurch staatliche Finanzierungsdefizite abzudecken. Das grundlegende soziale Prinzip, nach dem nicht die Schwachen, sondern die Starken die Schwachen tragen, darf nicht umgekehrt werden.

Bundestag und Bundesregierung sowie Landtag NRW und Landesregierung NRW werden aufgefordert, Lösungen und Hilfen für die Lösung der „Altschulden-Problematik“ abschließend zu ermöglichen. Eine Entlastung ermöglicht neue Investitionsmöglichkeiten in den Gemeinden und besonders auch in Augustdorf.

Der Rat der Gemeinde Augustdorf fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf, Kompensationsmaßnahmen für die Nutzung der Gemeindefläche durch die Bundeswehr und die britischen Streitkräfte bereitzustellen. Die Befreiung der militärisch genutzten Flächen von der Grundsteuer muss eine entsprechende Kompensation gegenüberstehen.

Der Landtag NRW und die Landesregierung NRW werden aufgefordert, das Gemeindefinanzierungsgesetz schnellstmöglich anzupassen. Bei der Verteilung von Schlüsselzuweisungen muss die junge Bevölkerungsstruktur und die Finanzkraft der Haushalte stärker berücksichtigt werden. Zudem sind zusätzliche Finanzmittel für die außergewöhnliche Belastung durch die starke Nutzung von Gemeindeflächen durch Gaststreitkräfte bereitzustellen.

**Für die Fraktionen:**

Lutz Müller  
(CDU-Fraktion)

Heinrich Georg Schneider  
(SPD-Fraktion)

Peter Kaup  
(FWG-Fraktion)

Roger Ritter  
(FDP-Fraktion)